

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Barbara Höll und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**
— Drucksache 12/7849 —

Arbeitsplatzverluste in Europa durch Privatisierung

Die „Financial Times“ berichtet in einem Artikel vom 25. Mai 1994, daß die Privatisierung in den Ländern der Europäischen Union bis Ende des Jahres 1998 mehr als 800 000 Arbeitsplätze kosten könnte. Der Artikel verweist auf die Studie „Europe in 1998“, die Wirtschaftsforschungsinstitute aus Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden und Österreich (Cambridge Eurometrics, Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, BIPE Conseil, Prometeia, NEI und Wifo) vorgelegt haben und deren Schätzungen auf den in Großbritannien mit der Privatisierungspolitik gemachten Erfahrungen beruhen. Diese Forschungsinstitute behaupten, daß in den Ländern der Europäischen Union und der EFTA 120 Gesellschaften mit über 3,5 Millionen Beschäftigten für eine Privatisierung in Frage kämen und daß eine Privatisierung mehr als 20 Prozent dieser Arbeitsplätze kosten würde. Als Folge der Privatisierung werden die größten Arbeitsplatzverluste in Frankreich erwartet, wo in den Jahren bis 1998 mit rund 290 000 Entlassungen gerechnet werden muß; in der Bundesrepublik Deutschland wird ein Verlust von 140 000 Stellen erwartet. Der Arbeitsplatzabbau soll im wesentlichen in den Branchen „Telekommunikation“ mit 268 000 Stellen und „Energie“ mit 250 000 Stellen stattfinden.

1. Ist der Bundesregierung diese Studie bekannt?

Wenn nein, beabsichtigt die Bundesregierung sich mit dieser Studie vertraut zu machen und anschließend öffentlich Stellung zu nehmen?

Die Studie ist der Bundesregierung bekannt. Die im European Economic Research and Advisory Consortium zusammengefaßten sechs europäischen Wirtschaftsforschungsinstitute veröffentlichen jährlich Prognosen über die Entwicklung der wichtigsten Wirtschaftsbereiche innerhalb eines Konjunkturzyklus.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 29. Juni 1994 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Prognosen der sechs europäischen Wirtschaftsforschungsinstitute, und zwar
 - a) den Verlust von 800 000 Arbeitsplätzen bis 1998 in den Bereichen Telekommunikation, als Folge der Privatisierung;
 - b) den Verlust von bis zu 1,1 Millionen Arbeitsplätzen bis 1998 als Folge verschärfter Privatisierung, Deregulierung und „Liberalisierung“ des Marktes;
 - c) die Möglichkeit, daß – entweder als Folge großer Wachstumsraten im privatisierten Sektor oder als Ergebnis staatlicher Arbeitsmarktpolitik – vielleicht nur 500 000 Arbeitsplätze abgebaut werden?
3. Teilt die Bundesregierung die in dieser Studie enthaltene Warnung, daß wachsender Wettbewerb auf der einen und die beschränkten Möglichkeiten staatlicher Einflußnahme auf der anderen Seite dazu beitragen werden, den Verlust von 800 000 Arbeitsplätzen unauf-schiebbar zu machen?

Kapitel 6 der Studie enthält Informationen über den Umfang der Privatisierung in Europa und untersucht die wahrscheinlichen Auswirkungen auf Produktivität und Beschäftigung in den betroffenen Unternehmen. Nach Ansicht des Autors des Kapitels besteht aufgrund tendenzieller Überbesetzung staatseigener Betriebe ein großes Potential für Produktivitätssteigerungen und Beschäftigungsabbau. Auf der Grundlage der Erfahrungen mit der Privatisierungspolitik in Großbritannien, das hier eine Vorreiterrolle einnimmt, und anderer Studien werden Arbeitsplatzverluste in den über 100 möglicherweise betroffenen europäischen Unternehmen insgesamt in einer Größenordnung zwischen 500 000 und 1,1 Millionen prognostiziert. Dies entspricht je nach dem zugrunde gelegten Szenario einem Siebentel bzw. fast einem Drittel der in staatseigenen Unternehmen Beschäftigten.

Die Bundesregierung macht sich diese Prognose nicht zu eigen. Sie weist allerdings darauf hin, daß eine Beurteilung der makro-ökonomischen Auswirkungen der Privatisierungspolitik auch die beschäftigungsfördernden Aspekte der Privatisierung einbeziehen muß:

- Privatisierungserlöse können für zusätzliche Staatsausgaben, Steuersenkungen oder eine Verringerung der staatlichen Kreditaufnahme eingesetzt werden. Alle diese Alternativen haben wegen des Multiplikatoreffekts und/oder des Rückgangs der Zinshöhe positive gesamtwirtschaftliche Nachfrage- und Beschäftigungswirkungen.
- Die Senkung der Kosten für Energie, Transport und Finanzdienstleistungen wird zu einer Angebotserhöhung der Industrie und damit zu mehr Beschäftigung führen.
- Der Rückgang der Verbraucherpreise aufgrund privatisierungsbedingter Effizienzgewinne und Kostenreduzierungen wird für die europäischen Verbraucher zu realen Einkommensgewinnen führen. Diese werden sich in allen Bereichen der europäischen Wirtschaft in einer erhöhten Nachfrage niederschlagen, die ihrerseits zu mehr Produktion und Beschäftigung Anreiz geben wird.

Diese mittelfristig positiven Auswirkungen auf die Beschäftigung bilden ein Gegengewicht zu dem unmittelbaren Beschäftigungsrückgang im Zuge der Privatisierung. Im übrigen ist zu bemerken, daß Privatisierung die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen auf lange Sicht erhöht oder sogar erst herstellt. Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, nicht wettbewerbsfähige Arbeitsplätze auf Dauer auf Kosten der Allgemeinheit zu erhalten.

In der Bundesrepublik Deutschland hat der Bund seinen Industriebesitz – z. B. die Beteiligungen an der VEBA AG, der Volkswagen AG, der VIAG AG und der Salzgitter AG – auf der Grundlage der Gesamtkonzepte von 1983 und 1990 für die Privatisierungs- und Beteiligungspolitik konsequent privatisiert. Dies hat die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit die Sicherheit der Arbeitsplätze erhöht. Die Privatisierung hat daher wesentlich zur Sicherung des Standorts Deutschland beigetragen.

4. Wie beurteilt die Bundesregierung, die in Großbritannien mit der Privatisierungs- und Umstrukturierungspolitik gemachten Erfahrungen?

Die britische Regierung beurteilt die seit Anfang der 80er Jahre gemachten Erfahrungen mit der Privatisierungs- und Umstrukturierungspolitik positiv. Während das Defizit der öffentlichen Unternehmen im Jahre 1979 noch 50 Mio. Pfund pro Woche betrug, erbringen diese Unternehmen nach Privatisierung nunmehr eine Steuerleistung von 60 Mio. Pfund pro Woche. Zwar wurde eine erhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen abgebaut, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wurde allerdings gestärkt, so daß sie heute weltweit Erfolge aufweisen können. Vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen wurden neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die Bundesregierung sieht keinen Anlaß zu einer von der Beurteilung der britischen Regierung abweichenden Bewertung der Privatisierungs- und Umstrukturierungspolitik in Großbritannien.

